

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Olaf Sund MdA, Mitglied der Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm der SPD, fordert: Der Zug der Rentenreform '84 muß Kurs halten. Seite 1

Egon Lutz MdB formuliert Bemerkungen zu einem bayerischen Wahlkampfthema: Das Kanal-Debakel.

Seite 4

Hans Günter Brauch legt einen Plan für ein von chemischen Waffen befreites Mitteleuropa vor: Deutsch-deutsches Thema.

Seite 6

Olaf Schwencke MdEP berichtet, wie sich in der Bundesrepublik die kulturelle Lobby organisiert: Der Bundeskulturrat nimmt Gestalt an. Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

37. Jahrgang / 22

2. Februar 1982

Der Zug der Rentenreform '84 muß Kurs halten

Vordringliches Ziel: Gleichbehandlung von Männern und Frauen

Von Olaf Sund MdA

Mitglied der Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm der SPD

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Abgeordnetenhausfraktion in Berlin

Noch unter dem Vorsitz Herbert Wehners hat die Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm unserer Partei die Rentenreform '84, die das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber auferlegt hatte, gründlich vorbereitet. Die Kommission zur Gleichstellung der Frauen, die beim Parteivorstand gebildet worden ist und die von Anke Fuchs geleitet wird, hat sich zum Beginn dieses Jahres mit dem Rentenreformprogramm befaßt und bekräftigt, daß die Eckpunkte des Programms der SPD zur Rentenreform eine gute Lösungsgrundlage darstellen.

Die anstehende Reform ist besonders für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Hinterbliebenenversorgung bedeutsam. Als Sozialdemokraten haben wir allen Anlaß, uns nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die von uns beschlossenen Eckpunkte alsbald auf den Weg der Gesetzgebung gebracht und verwirklicht werden. Wir müssen dafür sorgen, daß der Zug der Rentenreform '84 seinen Kurs und seinen Fahrplan einhält.

Die Eckpunkte der Rentenreform '84, die auf dem Parteitag der SPD am 9. Juni 1980 in Essen verabschiedet worden sind und die Grundlage für das Wahlprogramm waren, sind

- die Einführung einer Gesamtversorgungsrente für den Überlebenden Ehegatten in Höhe von 70 Prozent der Renten beider Ehegatten, wobei mindestens die volle eigene Rente gezahlt werden soll;

Verbinden Sie  
uns mit dem Reichstag  
Kochstraße 10



- die Anerkennung eines Kindererziehungsjahres in der Rentenversicherung und
- die Fortführung der bewährten Rente nach Mindesteinkommen.

Der wichtigste Teil ist die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung. Hier haben wir Sozialdemokraten uns für das Modell der Gesamtversorgungsrente entschieden. Danach erhält der Überlebende Ehegatte - gleichgültig ob Mann oder Frau - bei Invalidität und Erreichen der Altersgrenze eine eigene Rente, die sich aus 70 Prozent der Renten beider Ehegatten errechnet. Die selbst erworbene Rente bleibt voll erhalten.

Erzieht der Überlebende Kinder oder ist er beim Tod des anderen bereits 45 Jahre oder älter, soll er eine Rente wegen Kindererziehung oder vorgerückten Alters erhalten, die sich aus der Rente des verstorbenen Ehegatten errechnet. Dies alles soll erst ab 1985 gelten. Für alle, die bis dahin in Rente gehen oder schon Rentner sind, ändert sich nichts. Und allen, die in einer Übergangszeit nach 1985 Rentner werden, soll eine Wahlmöglichkeit zwischen altem und neuem Recht eingeräumt werden.

Durch die Gesamtversorgungsrente haben beide Ehegatten unabhängig von der vereinbarten Arbeitsteilung im Hinterbliebenenfall Anteil an den gemeinsam erworbenen Rentenansprüchen und können den erreichten Lebensstandard aufrechterhalten.

Der zweite wichtige Eckpunkt für uns Sozialdemokraten ist die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung. Auch das gehört zum Thema Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Kindererziehung ist in unserer Gesellschaft - man mag dies bedauern - immer noch vor allem eine Aufgabe der Frauen geblieben. Zumindest solange die Kinder noch klein sind, sind die Frauen häufig nicht erwerbstätig. Durch die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rente wollen wir dazu beitragen, die dadurch entstehenden Lücken in der Rentenversicherung zumindest teilweise zu schließen. Diese Maßnahme soll allen Frauengenerationen zugute kommen.

Gerade die älteren Frauen dürfen nicht leer ausgehen. Denn sie haben ihre Kinder zum Teil unter großen Mühen und Entbehrungen erzogen. Das Kindererziehungsjahr ist aus einer Reihe einsehbarer Gründe ein besserer Ansatz als die Erziehungsgeldforderung, die die CDU erhebt.

Der Parteitagbeschuß der SPD sieht ein Jahr der Kindererziehung pro Kind vor, und zwar zu Lasten des Bundes. Uns ist klar, daß die tatsächliche Bedeutung der Kindererziehung die Anerkennung mehr als eines Jahres rechtfertigen, ja sogar erfordern würde. Wir meinen aber, daß wir mit einem soliden Einstieg von einem Jahr beginnen sollten, der angesichts der damit verbundenen erheblichen finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand bereits gewaltiger Anstrengungen bedarf. Einen ungedeckten Wechsel auf die Zukunft dürfen wir nicht ziehen.



Letzter Eckpunkt: Die Rente nach Mindesteinkommen. Diese Art der Rentenberechnung, die 1972 eingeführt wurde, gleicht die Benachteiligung derjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus, die zwar lange Jahre gearbeitet und Pflichtbeiträge gezahlt, aber immer wenig verdient haben. In der Praxis kommt sie vor allen den erwerbstätigen Frauen zugute; über 80 Prozent aller Renten nach Mindesteinkommen werden an sie gezahlt. Diese Regelung gilt heute aber nur für Versicherungszeiten vor 1973. Nun hat die schlechte Entlohnung aber nicht am 31. Dezember 1972 schlagartig ein Ende gefunden.

Wir Sozialdemokraten wollen deshalb die Rente nach Mindesteinkommen zu einer Dauerregelung des Rentenrechts machen, allerdings unter Ausschluß der Teilzeitarbeit und ähnlicher neuer Formen der Arbeitszeitgestaltung. Dafür einen Ausgleich zu schaffen, ist die Rente nach Mindesteinkommen kein geeignetes Mittel. Sie ist vielmehr darauf angelegt, Menschen zu einer besseren Rente zu verhelfen, die zwar ein erfülltes Arbeitsleben hinter sich bringen, aber nur ein vergleichsweise geringes Entgelt erzielen, weil sie in benachteiligten Branchen oder Regionen tätig sind. Fest steht aber: Wie die Dinge nun einmal liegen, verbesserte die Rente nach Mindesteinkommen vor allem die soziale Sicherung vieler Frauen.

Kürzlich veröffentlichte Berechnungen des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger haben gezeigt, daß die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung, die Gesamtversorgungsrente, praktisch kostenneutral finanzierbar ist. Dies gibt Zuversicht für die weiteren Arbeiten. Den Weg für die Anrechnung des Kindererziehungsjahres und für die Fortschreibung der Rente nach Mindesteinkommen in finanzieller Hinsicht frei zu machen, wird eine schwere Aufgabe sein, die uns viel Überzeugungskraft abverlangt. Das ist immer so, wenn es gilt, Reformvorhaben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durchzusetzen. Gerade dann sollte es uns um qualitative Veränderungen gehen. Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist dabei ein vordringliches Ziel, dem wir durch die Rentenreform '84 ein bedeutendes Stück näher kommen werden.

Bei den über die Reform '84 hinausgehenden Bemühungen um die Weiterentwicklung der sozialen Alterssicherung werden wir eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme in Angriff zu nehmen haben, die ja sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Daraus ergibt sich für bestimmte Personengruppen eine Über- oder Unterversorgung. Dies aber widerspricht dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit und damit einem fundamentalen Ziel der Politik, für die Sozialdemokraten einzustehen haben. Unsere Leitlinie muß sein, dafür zu sorgen, daß gleiche soziale Tatbestände auch gleichbehandelt werden.

(-12.2.1982/ks/ca)

+ + +



Das Kanal-Debakel

Bemerkungen zu einem bayerischen Wahlkampfthema

Von Egon Lutz MdB

Jetzt hat auch Bayern sein Dauerwahlkampfthema, von einer fürsorglichen Bundesregierung frei Haus geliefert. Es geht um das Schicksal des Rhein-Main-Donal-Kanals und darum, ob dieses Werk von Generationen zum Jahrhundertmißverständnis erklärt werden soll oder nicht. Von Verhandlungen über eine "qualifizierte Einstellung" des Kanalbaus reden die Bonner Verkehrspolitiker, von "Vertragsbruch" heult die bayerische Staatsregierung, die Naturschützer jubeln, die Wirtschaft gibt sich betrübt und in Österreich sinnt man derzeit darüber nach, was denn der Kanzler eigentlich gemeint haben könnte, als er seinem Wiener Kollegen den Weiterbau der Schifffahrtsstraße zugesagt hatte. Kurzum, es geht mal alles wieder drunter und drüber und die Zeitungen haben wenigstens was zu schreiben. Auch dies scheint ein Beschäftigungsprogramm besonderer Art zu sein, denn unter dem Kapitel Staatskunst lassen sich die derzeitigen Verwirrspiele nur schwer rubrizieren.

Abseits der Tages-Aufgeregtheiten wäre es vielleicht gut, sich folgendes vor Augen zu halten: In den zwanziger Jahren ist diese Schifffahrtsstraße in Verträgen zwischen dem Deutschen Reich und den beteiligten Ländern vereinbart worden. Generationen haben bereits an seiner Verwirklichung gewerkelt. In dieser langen Zeit hat sich die Bedeutung der einzelnen Verkehrsträger grundsätzlich gewandelt. Die Eisenbahn hat an Boden verloren, der Güterkraftverkehr hat gewaltig zugenommen, die Beförderung auf Wasserstraßen erfolgt nach ganz anderen Einheiten als noch vor Jahrzehnten. Niemand vermag heute zu sagen, wie die Entwicklung ins nächste Jahrtausend verlaufen wird, wer's dennoch tut, maßt sich die Selbstgewißheit eines science-fiction-Autors an. Neue Technologien, wachsende Energieprobleme, geänderte wirtschaftliche Bedürfnisse können zu völlig anderen Beurteilungskategorien führen als sie den Vertragsvätern vorschwebten oder als sie uns heutigen Politikern zur Verfügung stehen. Insofern ist die Absolutheit, mit der Bundesverkehrsminister Hauff den Kanals zum dümmsten Projekt seit dem Turmbau von Babel erklärte, reichlich keck. Wer den Kanal nur nach der derzeitigen Finanzsituation und nur nach augenblicklichen Vorgaben bewertet, springt zu kurz.

Dies gilt allerdings auch für das unbeherrschte Gramarbasieren des bayerischen Ministerpräsidenten. Auch er kann in letzter Gewißheit uns nicht sagen, ob wir da nun an einer Jahrhundert-Eselei baggern oder nicht. Schon gar nicht läßt sich von Vertragsbruch schwafeln, wenn einer der Vertragspartner in neue Gespräche einzutreten wünscht. Wenn Strauß sich aufbläst wie ein Ochsenfrosch, dann ist das allenfalls wahlkampfbedingt.



Zweifellos könnte die bayerische Staatsregierung mit sehr viel größerer Gelassenheit in die Gespräche gehen, denn den rechtlichen Hebel, im Alleingang den Kanalbau abzublasen, hat Volker Hauff nicht.

Zudem ist das Ganze auch nicht nur das Problem der verschiedenen Staatskanzleien. Man kann nicht einfach, nachdem nun schon das halbe Altmühltal unwiederbringlich geschädigt wurde, vor die Bevölkerung treten und erklären: "Ätsoch, ätsoch, wir haben uns geirrt." Es ist auch nicht damit getan, nun ein paar Investitionsruinen wieder zu schleifen. Wer "qualifiziert" einstellen will, soll klipp und klar sagen, was damit gemeint ist. Heißt das zum Beispiel auch den Verzicht auf die mittelfränkische Seenplatte - ein unter ökologischen Gesichtspunkten durchaus akzeptabler Nebeneffekt des Kanalsbaus? Und wer einstellt, sollte zumindest die Option für spätere Generationen offenhalten, falls sich die Hauff'schen Erkenntnisse doch nicht zum gedanklichen Ewigkeits-Besitz der Menschheit verfestigen sollten.

In der bayerischen SPD sind die Überlegungen zum Kanalbau nicht völlig einheitlich. Gleichwohl: die Menschheit neigt dazu, die Wasserstraße fertigzustellen. Wobei man durchaus einräumt, daß aus finanziellen Gründen das alles ein bisserl weniger schnell vonstatten geht als ursprünglich geplant war. Eine nicht unbeachtliche Minderheit macht sich die Position des Bundes Naturschutz voll zu eigen. Das ist eigentlich ganz natürlich, denn die Frage hat viele Haken und Ösen. Darum verblüfft erneut, wie in der CSU wieder einmal auf Einheitskurs gefahren wird. Der große Vorsitzende hat Müh gesagt und prompt gibt die ganze Partei ihre Skrupel in der Garderobe ab. Ein höchst seltsames Demokratieverständnis fürwahr.

Das Bundeskabinett hat dem Volker Hauff einen Prüfungsauftrag erteilt. Er sollte ihm nachkommen, frei vom eigenen Vor-Urteil. Wenn der Bund Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern begehrt, kann sich der Strauß dem nicht entziehen. Es wird also Gespräche geben und irgendwann einmal, lang nach der Bayernwahl, wird sich ein Konsens finden. Inzwischen aber tanzen die Karrussellpferdchen der Wahlkampf-Matadore. Diese Bewegung hat der Bundesverkehrsminister hervorgerufen. Warum eigentlich? (-/2.2.1982/hl/ca)

+

+

+



Deutsch-deutsches Thema  
-----

## Für ein von chemischen Waffen befreites Mitteleuropa

Von Hans-Günter Brauch

Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Vorstand und  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der SPD in Baden-Württemberg

Der Deutsche Bundestag und die Internationale Palme-Kommission haben sich unlängst eingehend mit den bereits bestehenden und auch in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen und mit der von der Reagan-Administration beschlossenen Produktion binärer chemischer Nervengifte beschäftigt. Beide deutschen Staaten sind von dieser Diskussion direkt betroffen. In beiden deutschen Staaten, in der CSSR und in Polen lagern riesige Mengen an Nervengiften der USA und der Sowjetunion, die ausreichen, um die Menschheit zu vergiften. Beide deutsche Staaten beziehungsweise Mitteleuropa wäre der wahrscheinlichste Kriegsschauplatz für chemische Waffen. Aber bereits im Frieden gehen von den amerikanischen und sowjetischen chemischen Kampfstoffen in beiden deutschen Staaten Gefahren für die Zivilbevölkerung aus, da sie bei einem Unfall nicht geschützt wäre. Auf diese Gefahren hat der fast einstimmig wiedergewählte Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, in mehreren Briefen an das Bundeskanzleramt hingewiesen. Auf einer Anti-Giftgas-Kundgebung in Pirmasens am 28. November 1981 forderten einige Tausend Gewerkschaftler als ersten Schritt zu einem umfassenden Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen in Ost und West, die Schließung eines Sondermunitionsdepots für chemische Waffen im Raum Pirmasens.

Die chemische Abrüstung und die geplante chemische Nachrüstung darf nicht ein Stiefkind der Abrüstungsdiskussion in unserem Lande und in der SPD bleiben. Zwei Forderungen sind vordringlich:

- Die Bundesregierung sollte in der laufenden Legislaturperiode keiner Stationierung neuer binärer chemischer Kampfstoffe auf unserem Gebiet zustimmen.
- Im Rahmen einer schrittweisen (gradualistischen) Abrüstungsstrategie sollte die Bundesregierung auf eine von Giftgas befreite Zone in Mitteleuropa hinwirken als Zwischenschritt zu dem Endziel, einer Ächtung aller chemischer Massenvernichtungswaffen.

Die begonnenen deutsch-deutschen Abrüstungsgespräche sollten die auf beiden deutschen Staaten gelagerten C-Waffen der jeweiligen Supermacht einbeziehen und nach gemeinsamen deutsch-deutschen Abrüstungsinitiativen im Bereich der chemischen Kampfstoffe suchen.

Eine gradualistische Durchführungsstrategie mit dem Ziel, durch einseitige Maßnahmen mit Signalcharakter, die unsere Sicherheit nicht gefährden, das bestehende Mißtrauen zwischen den Blöcken auch im Bereich der chemischen Waffen abzubauen, ein regionaler auf Mitteleuropa bezogener Ansatz und eine gemeinsame deutsch-deutsche Gesprächsebene auf der Ebene der Gewerkschaften, der Kirchen, des Bundestages und der Volkskammer und der Regierungen beider deutscher Staaten bilden die Bestandteile meines chemischen Abrüstungsvorschlages, der in vier bis fünf Schritten zum Endziel einer völligen Ächtung aller BC-Waffen führen soll.

1. Schritt: Wir fordern die Bundesregierung auf, keiner Stationierung neuer chemischer Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen.



2. Schritt: Wir fordern die Bundesregierung auf, mit den USA über die schrittweise Schließung aller bekannten Sondermunitionsdépôts für chemische Waffen-Gespräche aufzunehmen. Als ersten Schritt fordern wir die Bundesregierung auf, mit der Schließung eines C-Waffendépôts in der Westpfalz zu beginnen. Zugleich fordern wir die Sowjetunion auf, diesen ersten Schritt mit der einseitigen Schließung eines ihrer C-Waffenlager in der DDR zu beantworten. Dieser Prozeß sollte solange fortgeführt werden bis wechselseitig alle Giftgase aus beiden deutschen Staaten abgezogen und unter internationaler Kontrolle vernichtet wurden.

3. Schritt: Im Rahmen der Wiener Truppenabbaugespräche sollten sich alle Staaten des MBFR-Gebietes: die beiden deutschen Staaten, die Beneluxstaaten, Polen und die DDR, auf die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa einigen.

Sind die Giftgase erst einmal von einem der wahrscheinlichsten Ersteinsatzgebiete entfernt und hat man genügend Erfahrungen und Vertrauen durch die vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der C-Waffen gesammelt, dann dürften die beiden nächsten Schritte: Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa vom Atlantik zum Ural und die völkerrechtlich bindende Unterzeichnung einer umfassenden Konvention über das Verbot aller C-Waffen eher erreichbar sein.

Angesichts der Gefahren, die Giftgase bereits im Frieden für die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten bei möglichen Unfällen bieten, fordern wir die Bundesregierung auf, das Frühwarnsystem gegen ausströmende Giftgase zu verbessern und darauf hinzuwirken, daß die Sicherheitsmaßnahmen in den amerikanischen Giftgasdepôts verschärft und von deutschen Dienststellen überprüft werden, Zugleich sollen Vorbereitungen nicht behindert werden, die den Abtransport der überlagerten und damit besonders gefährlichen Giftgasgranaten beschleunigen. Lassen wir uns in unserem Kampf gegen die Lagerung von Giftgasen in der Westpfalz und in beiden deutschen Staaten nicht entmutigen. Nur wenn wir Geduld haben, nur wenn wir hartnäckig bleiben, nur wenn wir uns nicht verträsten lassen, werden wir Erfolg haben.

Der Kampf gegen das Giftgas hat erst begonnen. Zeigen wir durch unseren friedlichen Protest, daß wir weder ein besserer chemischer Schießplatz werden wollen, noch ein chemischer Schießplatz der Supermächte bleiben wollen.

Unser Ziel bleibt die Achtung aller Massenvernichtungswaffen! Lassen wir eine chemische Nachrüstung in unserem Lande nicht zu! Fordern wir als ersten Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa ein von Giftgas befreites Deutschland! (-/2.2.1982/vo-he/ca)



Der Bundeskulturrat nimmt Gestalt an

---

In der Bundesrepublik organisiert sich die kulturelle Lobby

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

Präsident der kulturpolitischen Gesellschaft

Auf Einladung der Kulturpolitischen Gesellschaft haben sich im September vergangenen Jahres Vertreter der Spitzenverbände von Kunst und Kultur mit dem Ziel in Bonn getroffen, einen Bundeskulturrat zu gründen. Der aktuelle Anlaß ergab sich und ergibt sich weiterhin aus der sich allgemein stark verschlechternden Lage der Kulturschaffenden in der Bundesrepublik und der auf uns alle zukommenden Sparhaushalte im Kultursektor.

Vor einigen Monaten war bei uns damals noch die Verdoppelung der Mehrwertsteuer für Kultur- und Kunstprodukte im Gespräch - während übrigens zur selben Zeit die neue französische Regierung die Verdoppelung der Kulturausgaben bereits beschlossen hatte. Die Kulturpolitische Gesellschaft hatte in einer öffentlichen Erklärung am 31. August ("Kulturschaffende reagieren mit Gründung eines nationalen Kulturrats") die kulturpolitischen Defizite in unserem Lande exakt benannt und dazu aufgerufen, eine wirksame Lobby gegen den Abbau des Kulturstaates und seiner Leistungen durch Schaffung eines Bundeskulturrates zu bilden.

Dieser Aufruf wurde von den in Bonn versammelten Verbandsvertretern - unter ihnen die Vorsitzenden beziehungsweise Sekretäre von Musikrat (mit 66 Mitgliedsorganisationen), Bundesvereinigung für kulturelle Jugendbildung, Gewerkschaft Kunst, GEW, Verband Deutscher Schriftsteller VS; BBK, Deutscher Künstlerbund, Deutscher Journalistenverband, BDK, Designer-Taget cetera - voll akzeptiert. Auf dieser Grundlage wurde ein Forderungskatalog erarbeitet und noch am gleichen Tag Bundesminister Baum überreicht; eine kleine Arbeitsgruppe wurde unter Leitung der Vizopräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft beauftragt, einen Satzungsentwurf zu erarbeiten. Ende November fand ein zweites Treffen in Bonn statt, zu dem die Vertreter von circa 50 Kulturverbänden - unter anderem auch des PEN - erschienen waren. Der Satzungsentwurf wurde beraten (auf der Grundlage der Konstruktion eines Dachverbands der Dachverbände) und die den Kulturrat bildenden fachspezifischen Sektionen - Musik, Bildende Kunst, Baukunst, Literatur/Publizistik, Film/Fernsehen, Darstellende Kunst und Soziokultur - am gleichen Tage als vorläufige Arbeitsgruppen konstituiert. Ihre inhaltliche Klärung, die Beratung der organisatorischen Form und Definition des Selbstverständnisses wollen die Sektionen in getrennten Sitzungen bis zum März leisten.

Am 26. März dieses Jahres soll in Bonn der Bundeskulturrat gegründet und sein Präsident gewählt werden.

(-/2.2.1982/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

